

Krise konzentriert sich auf Berlin

Der Interzonenverkehr von Russen unbehindert — Alliiertes Nachschub per Flugzeug

Von unserem Lo-Berichterstatter
Die endgültigen Maßnahmen der Westmächte als Antwort auf die russische Forderung nach Kontrolle des Verkehrs durch die Sowjet-Zone sind bis Freitagabend nicht bekanntgegeben worden. Die Proteste der Westmächte werden Marschall Sokolowski übermittelt.

Die West-Mächte warten ab, nachdem der britische Generalmajor Brownjohn eine Unterredung mit dem stellvertretenden sowjetischen Gouverneur General Lukjantschenko hatte. Die russische Haltung in dieser Unterredung ist nach britischer Betrachtung „nicht feindlich, aber fest“.

Fracht rollt ganz normal

Aus britischer Quelle wird bekannt, daß der Frachtverkehr aus den Westzonen nach Berlin wie üblich verlaufe. In den letzten 24 Stunden sind 6000 bis 7000 t Kohlen in Berlin angekommen und 5000 t sind unterwegs. Ferner trafen in Berlin aus den Westzonen 80 bis 40 Waggons mit Lebensmitteln für die Berliner Bevölkerung ein und weitere 100 Waggons sind im Anrollen.

Nachrichten, daß der Bahnstrang Stendal-Berlin lahmgelegt sei und daß Flugzeuge der Westmächte von russischen Jägern „umkreist“ worden seien, wurden britischerseits dementiert. Ausdrücklich wurde hinzugefügt, daß sich keine Zwischenfälle ereignet hätten. Im Laufe des Freitags trafen auch sechs amerikanische Flugzeuge mit Lebensmitteln in Berlin ein.

Der russische Rundfunk in Berlin unterstrich am Freitagabend besonders, daß der Interzonenverkehr für Deutsche nicht die geringste Unterbrechung erfahren hätte und daß am Donnerstag die Abfertigung im Grenzposten Marienborn schneller gewesen sei als sonst.

Polizei an den Grenzen konzentriert

Zur Verstärkung der Polizeikontrolle an der russischen Zonengrenze haben die Länder Sachsen und Brandenburg größere Polizeikräfte an die Länder Mecklenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen abgegeben. Diese Länder waren nicht in der Lage, aus eigenen Kräften je-

BERLIN, 2. April
Grenzkontrolle in vollem Umfange durchzuführen.
In Thüringen wurden sämtliche jüngeren Polizeimannschaften an die Zonengrenze verlegt. In den größeren Städten wie Weimar, Jena, Gera und Erfurt sind die männlichen Polizisten fast völlig aus dem Straßenbild verschwunden und die Verkehrspolizisten werden jetzt auch für den Streifen dienst eingesetzt.

Die russisch lizenzierte „Berliner Zeitung“ schreibt am Freitag, aus der englischen Zone sei eine gewisse Elsa Zuter nach dem Besuch einer Spezialschule nach Bautzen gesandt worden, nachdem sie folgende Instruktionen erhalten habe: „Berauben Sie und töten Sie Antifaschisten und verbreiten Sie dann das Gerücht, daß dieses die russischen Kommunisten getan hätten.“

Westliche Sektoren werden isoliert

Der Transportoffizier der sowjetischen Zentralkommandantur in Berlin kündigte an, daß am kommenden Montag

genaue Einzelheiten bekanntgegeben werden, wie sich künftig der Warenverkehr zwischen dem sowjetischen Sektor und den übrigen Sektoren Berlins abspielen soll.

Am Donnerstagmorgen erschien plötzlich an den Hauptübergängen zum russischen Sektor russische Militärpolizei, teilweise von deutschen Polizisten begleitet, und kontrollierte, ob jedes Lastfahrzeug die nötigen Papiere für die Warenausfuhr besäße.

Transporte beschlagnahmt

Die russischen Maßnahmen wurden so überraschend in Kraft gesetzt, daß in den ersten Stunden erhebliche Schwierigkeiten sich ergaben. So wurden Lebensmitteltransporte durch den Magistrat zurückgehalten bzw. beschlagnahmt. Auch am Freitag waren an einzelnen Stellen Kontrollen deutscher Polizisten im Gange.

Die „Tägliche Rundschau“, das Blatt der sowjetischen Militäradministration, beschuldigt die sozialdemokratischen Magistratsmitglieder, Stadtrat Ernst Reuter, Stadtrat Ernst Füllsack und Stadtrat Gustav Klingelhöfer, illegale Abtransporte aus dem sowjetischen Sektor nach den westlichen Sektoren begünstigt zu haben.

Pakenham wieder im Ruhrgebiet

Von unserem Sta-Berichterstatter
DÜSSELDORF, 2. April.
Der britische Deutschland-Minister, Lord Pakenham, der am Donnerstag hier zu einem dreitägigen Besuch eintraf, hatte am Vormittag Besprechungen mit General Bishop und Kardinal Frings. Beim Mittagessen traf er u. a. Ministerpräsident Arnold, Innenminister Menzel und Sozialminister Dr. Amunxen. Anschließend konferierte er mit führenden britischen Beamten und deutschen Wirtschaftlern. Nach einem kurzen Besuch des Sozialministeriums traf er auf Schloß Röttgen mit Ministerpräsident Arnold und Dr. Adenauer zusammen. Über den Inhalt der Besprechungen wurde nichts bekannt.



Das von Ministerpräsident Arnold verfaßte Manifest über eine deutsche Nationalversammlung habe auf Lord Pakenham einen starken Eindruck gemacht, verlautet aus Kreisen, die dem Ministerpräsidenten nahe stehen. Die Unterhaltungen über das Manifest gingen weiter.

Zum Neubeginn

Die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“, die am heutigen Tage zum erstmalig erscheint, ist die erste deutsche Zeitung in der britischen Besatzungszone, die für die Verbreitung in einem ganzen Land bestimmt ist und von keiner Partei, Wirtschaftsgruppe oder weltanschaulichen Richtung abhängig ist.

Sie sieht es als ihre Aufgabe an, ihre Leser so objektiv wie möglich über die wichtigsten Ereignisse in der Welt, in Deutschland und in ihrer Heimat zu unterrichten und durch eigene Stellungnahme an der Gestaltung einer vor freiheitlichem, sozialem und rechtsstaatlichem Geist gelenkten deutschen und europäischen Gemeinschaft mitzuwirken. Sie will dabei insbesondere die Interessen der Bevölkerung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes berücksichtigen und ihre Stimme nach außen sein.

Die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ will nicht zuletzt auch eine Plattform für den freien Austausch verantwortungsbewußter Meinungen zu wichtigen Streitfragen bieten. Sie erwartet deshalb die Mitarbeit auch ihrer Leser.

„Westdeutsche Allgemeine Zeitung“
Redaktion

Amerikas Europahilfe tritt sofort in Kraft

WASHINGTON, 2. April
Der Marshall-Plan, der nach seiner Annahme durch den Senat am Mittwochabend vom Repräsentantenhaus von 329 gegen 74 Stimmen gebilligt worden ist, wurde am Freitag von dem gemeinsamen Konferenzausschuß des Senats und des Repräsentantenhauses als endgültiger Gesetzentwurf genehmigt.

Präsident Truman unterzeichnete inzwischen bereits das Gesetz über die Bewilligung von 55 Mill. Dollar als Ueberbrückungshilfe für Oesterreich, Frankreich und Italien.
Die Gesamtauslandshilfe soll mit 6,098 Milliarden Dollar in 4 1/2 Jahren durchgeführt werden. Für die ersten 12 Monate sind für Europa 5,3 Mill. Dollar vorgesehen.

Griechenland und die Türkei erhalten 275 Mill. Dollar zur militärischen Unterstützung. Die chinesische Regierung wird mit 463 Mill. Dollar unterstützt.

Das Gesetz, das nur noch von Präsident Truman zu unterzeichnen ist und dann sofort in Kraft tritt, ermächtigt die Wiederherstellung und Finanzierungs-korporation, sofort eine Anleihe von einer Milliarde Dollar zur Verfügung zu stellen, um die Europahilfe itgang zu bringen.
Durch die Zwischenhilfe für Oesterreich, Frankreich und Italien treffen

die ersten Lieferungen in Italien noch vor dem Wahlen ein. Durch die Ueberbrückungshilfe sollen im April Nahrungsmittel, Brennstoffe und Rohmaterialien nach Frankreich für 69 Mill. Dollar, nach Italien für 35 Mill. Dollar und nach Oesterreich für 13,5 Millionen Dollar geliefert werden.

Die Außenminister der 16 am Marshall-Plan beteiligten Staaten werden sich man und Außenminister Marshall eine Vollsitzung in Paris versammeln.

Spanien wird nicht beteiligt
Entgegen dem am Dienstag gefaßten Beschluß des Repräsentantenhauses, Spanien in den Marshall-Plan einzubeziehen, wurde bei der endgültigen Beschlußfassung durch Senat und Repräsentantenhaus eine Beteiligung Spaniens abgelehnt. Vorher hatten Präsident Truman und Außenminister Marshall eine Einbeziehung Spaniens abgelehnt.
(sp/teut)

Nerven in Helmstedt gespannt

Grenzgänger und Autos stauen sich an der Zonengrenze

Von unserem Sta-Berichterstatter
HELMSTEDT, 2. April
Auf dem Bahnhof Helmstedt fehlen alle Erscheinungen sensationellen Charakters. Es liegt eine gewisse Spannung in der Luft, aber sie entläßt sich nirgends. Erst draußen, an der Peripherie, wo ein Schlagbaum mitten in Deutschland zwei Welten trennt, wird das Bild lebhafter und bewegter.

In langer Kolonne warten dort die Besitzer eines Interzonen-Passes, meist mit schwerem Gepäck beladent, auf den Austrittsstempel. Einzelne Grenzgänger kommen von „drüben“ her. Man bestärmt sie mit Fragen: „Was ist drüben los? — Wie sieht es jenseits aus? — Kann man den Scharn hingelassen werden?“
Alliierte schlechter behandelt
Eigene Beobachtungen lassen erkennen: die seit dem 1. April durchgeführten Grenzmaßnahmen der Russen richten sich in erster Linie gegen die Engländer und Amerikaner. Mitunter werden an den Schlagbäumen deutsche Autos außer der Reihe rasch abgefertigt; Wagen der Alliierten müssen warten und werden wesentlich schärfer kontrolliert. Seit dem 1. April hat kein englischer oder amerikanischer Zug mehr den Bahnhof Helmstedt passiert.

Der Blick in die russische Zone ist verwehrt. Indes lassen Berichte der Grenzgänger, auch wenn man sie skeptisch prüft, den Schluß zu, daß seit zwei Tagen im Grenzgebiet der russischen Zone eine gewisse Panikstimmung herrscht.
In den großen Anmarschstädten Magdeburg, Halle usw. stehen sich die Massen derer, die in die Westzone wollen. Maßnahmen der Russen schüren die Panik.

Rote Häuser
Die einheimische Polizei ist zum Teil abgezogen. Ihre Stelle nehmen Polizeitruppen aus dem weiten Hinterland ein, zum Teil durchsetzt von rasch einberufenen Hilfspolizisten in Zivil. Die Häuser, in denen die russischen Soldaten untergebracht sind, sind grell rot angestrichen. Mitunter ergreifen die Russen Maßnahmen, die eine weitere Verkehrs-

erschwerung erwarten lassen. So wurden vor zwei Tagen in Marienborn sämtliche Handwagen, mit denen Einheimische gewerbsmäßig den Grenzgängern das Gepäck an die Grenze führen, von den Russen beschlagnahmt und verbrannt. Faßt man die unmittelbar an der Grenze gewonnenen Eindrücke zusammen, kommt man zu dem Schluß, daß die Formen des heutigen Grenzverkehrs in der Nervenschicht um Berlin einem Vorpostengeplänkel ähnelt. Es wird noch nicht geschossen.

Französische Zone baut vor

Der Anschluß der französischen Zone an eine bizonale Währungsreform für den Fall, daß eine gesamtdeutsche Währungsreform nicht erreicht werden kann, kündigt der „Kurier“ an. Das französisch lizenzierte Blatt berichtet, es seien bereits Vorkehrungen für den Anschluß der drei Länderbanken der französischen Zone an die Zentralbank der Bizone getroffen worden.

Sowjet-Frühjahrsmanöver in der Ostzone

Zahlreiche Truppen-Transporte von Frankfurt (Oder) nach Thüringen deuten der Berliner „Kurier“ als Vorspiel zu großangelegten Frühjahrs-Manövern der sowjetischen Besatzungsmacht. In zahlreichen Waldlagern seien Ansammlungen mittelschwerer Panzer beobachtet worden, die in großen Holzkisten auf Güterwagen herangebracht wurden.

Regierungsombildung vor dem Abschluß

Die durch den Ausschluß der zwei KPD-Minister aus dem Kabinett von Nordrhein-Westfalen notwendig gewordene Regierungsombildung soll noch vor der Landtagssitzung am 5. April abgeschlossen werden. Wie verlautet, soll das Wiederaufbauministerium mit einem Vertreter der SPD, und das Ernährungsministerium mit einem Zentrumskandidaten besetzt werden.
Andererseits sind Bestrebungen im Gange die FDP wieder in die Regierung aufzunehmen, die offenbar vom rechten Flügel der CDU, ausgehen.

Finnisches Kabinett wurde einberufen

Wegen der ins Stocken geratenen Bündnis-Verhandlungen in Moskau berief der finnische Staatspräsident Paasikivi für Freitagabend das Kabinett ein, um zwei aus Moskau zurückgekehrte Mitglieder der finnischen Delegation anzuhören.
Finnland versucht auszuhandeln, daß es selbst darüber entscheiden darf, wann es sich durch einen Krieg bedroht fühlt.
(ap-dpd)

Europa-Appell des Reviers

Von unserem Ho-Berichterstatter
ESSEN, 2. April
„Die Ruhr ruft Europa“ ist das Motto einer Kundgebung, zu der der Oberbürgermeister von Essen, Dr. Heinemann, im Namen der Oberbürgermeister der Ruhrgrößstädte für den 11. April nach Essen eingeladen hat. Auf der Kundgebung werden der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes in der britischen Zone, Dr. h. c. Hans Boeckler, der Beauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen beim Frankfurter Wirtschaftsrat, Dr. Karl Spieker, sowie Ministerpräsident Karl Arnold sprechen.



Dr. Pünder grüßt W-A-Z

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates schreibt:
„Es ist mir ein Bedürfnis, der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“ in Bochum anlässlich ihrer ersten Ausgabe von Frankfurt aus einen herzlichen Willkommensgruß zuzurufen. Diese neue Zeitung hat die große Aufgabe übernommen, die Bevölkerung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes auf überparteilicher Basis über alle wichtigen Ereignisse deutscher Politik zu unterrichten.
Die Aufgabe ist deshalb so besonders groß, weil dieses Gebiet die Herzkammer Deutschlands ist und das Riesengebiet der dort tätigen Menschen einen Anspruch auf letztmögliche Befriedigung seiner pressemäßigen Bedürfnisse hat. Auch ich bin mir in meiner neuen Arbeit als Vorsitzender des Verwaltungsrates des vereinigten Wirtschaftsgebietes der überragenden Bedeutung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes nur zu bewußt.
In diesem Sinne erwarte ich auch eine besonders gute Zusammenarbeit mit der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung.“
Frankfurt, den 2. April 1948.
Dr. Hermann Pünder.

Palästina — umkämpftes Land



Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen will nochmals Araber und Juden zu einer Waffenruhe auffordern. Bis zum 15. April wird eine Sondersitzung der UNO einberufen. Inzwischen gehen die Kämpfe weiter.

USA erhöhen ihren Militärhaushalt

WASHINGTON, 2. April
Das neue Verteidigungsprogramm der USA sieht eine zusätzliche Erhöhung des Militärhaushaltes für 1948/49 um drei Milliarden Dollar vor.
(dpd)

Bizonen-Vorschläge bis 10. 4. fertig

Sofortige Weiterleitung nach Paris — Erhardt erhofft mehr Kalorien
Von unserem Vo-Berichterstatter
FRANKFURT, 2. April
Von den Wirtschaftssachverständigen der Militärbehörden und der bizonalen Verwaltungen wird gegenwärtig der endgültige Entwurf für den praktischen Einschluss der Doppelzone in den Marshall-Plan ausgearbeitet. Diese Vorschläge sollen bis zum 10. April den beiden Oberbefehlshabern vorgelegt und dann sofort nach Paris weitergeleitet werden.

Sowohl der Vorsitzende des Verwaltungsrates, Dr. Pünder, als auch der Direktor der Verwaltung für Wirtschaft, Dr. Erhardt, lehnten es am Freitag vor der Presse ab, nähere Angaben über den Inhalt des letzten deutschen Vorschlages zu machen, da sie an die Schweigepflicht gebunden seien.

In seinen Hauptpunkten bezieht dieser deutsche Vorschlag, soweit bisher bekannt ist, die gesamten Jahres-Einfuhrbedürfnisse der Bizone auf 2,25 Milliarden Dollar und den Export auf 660 Millionen.

Frankfurt will Kohle einführen

Außerdem ist eine Kohleneinfuhr von 5 Millionen To. mit der Begründung vorgesehen, daß durch die geforderte hohe Ausfuhr von Ruhrkohle nicht genügend Kohle für die dringlichen Bedürfnisse der eigenen Wirtschaft verbleibe. Auf Wunsch der Militärbehörden dürften die Hauptpunkte des deutschen Vorschlages bei den jetzigen Besprechungen gewisse Änderungen erfahren.

Wie Dr. Erhardt vor der Presse feststellte, sei zu hoffen, daß durch die Einschaltung der Bizone in den Marshall-Plan eine stufenweise Besserung eintritt, spürbar vor allem auf dem Gebiete der Ernährung. Für ein Funktionieren des Marshall-Planes sei aber eine Ernährung

von mindestens 1800 Kalorien dringende Voraussetzung.

Wichtige Erklärung Robertsons

am 7. April im Landtag erwartet
Von unserem Sta-Berichterstatter

DÜSSELDORF, 2. April
Die nächste Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen, die vom 5. bis 7. April stattfindet, erhält besondere Bedeutung durch eine Erklärung, die der Oberkommandierende der britischen Besatzungszone, General Sir Brian Robertson, am 7. April abgeben wird. Man vermutet in politischen Kreisen, daß sie die Auswirkungen der veränderten weltpolitischen Lage auf Deutschland in irgendeiner Form berühren wird.

Die ganze Bizone vertreten

Aus Anlaß der Robertson-Erklärung wurden zur Mittwoch-Sitzung des Landtages außer dem diplomatischen Korps alle Landtagspräsidenten, Ministerpräsidenten, Fraktionsführer sowie Vertreter der Gewerkschaften, der Wirtschaftskammer, der Kirche und schließlich die Mitglieder des Zonenbeirates und des Wirtschaftsrates der britischen Zone geladen.

